

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Platz vor dem Neuen Tor 1 · 10115 Berlin

Gleichlautendes Schreiben an  
AAP Deutschland  
Albert-Schweitzer-Stiftung  
Bund gegen Missbrauch der Tiere  
Bundesverband Tierschutz  
Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht  
Deutscher Tierschutzbund  
Humane Society International  
Menschen für Tierrechte  
Pro Wildlife  
Pro Vieh  
Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft  
Vier Pfoten  
Welttierschutzgesellschaft

**Bundesgeschäftsstelle**

**Felix Banaszak und Franziska Brantner**

**Bundesvorsitzende**

**Platz vor dem Neuen Tor 1**

**10115 Berlin**

**Tel: +49 (30) 28 44 2 - 142**

**felix.banaszak@gruene.de**

**franziska.brantner@gruene.de**

Berlin, 14. Februar 2025

## **Unsere Antwort auf Ihre Schreiben zur Forderung nach Berücksichtigung tierschutzpolitischer Fragen für die Wahlprüfsteine**

Sehr geehrte Damen und Herren der Tierschutzverbände und -organisationen, liebe Freunde und Freundinnen,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben. Angesichts der vorgezogenen Bundestagswahl mit ihren sehr verkürzten Fristen im Wahlablauf konnten wir nur eine sehr begrenzte Zahl von Wahlprüfsteinen in das offizielle Verfahren aufnehmen. Aus Gründen einer fairen politischen Debatte möchten wir uns an diese Vereinbarung mit den anderen demokratischen Parteien halten. Das schmälert keinesfalls die Bedeutung, die wir als Partei diesem Thema beimessen: Wie Sie wissen, ist der Tierschutz für uns ein Kernanliegen. Deswegen möchten wir unsere Positionen in dem Feld mit diesem Brief erläutern.

Wir stimmen Ihnen zu, dass der Tierschutz für die Menschen in Deutschland und in der EU eine gesellschaftliche wichtige Rolle spielt. Es gibt beim Tierschutz noch immer eine erhebliche Lücke zwischen dem im Grundgesetz festgelegten Auftrag und der politischen Wirklichkeit. Bis auf wenige Änderungen wurden unter den damaligen Bundesregierungen der Großen Koalitionen von CDU/CSU und SPD nur recht wenige überschaubare gesetzliche Fortschritte gemacht, die nur durch Gerichtsurteile (etwa zum Küekentöten oder zum Kastenstand), Ihren zivilgesellschaftlichen Druck

und auch unsere Arbeit in der Opposition und aus den Bundesländern heraus erwirkt werden konnten.

Tiere sind fühlende Lebewesen und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten oder Unterhaltungsobjekten des Menschen degradiert werden. Jede Haltung von Tieren ist an ihren Bedürfnissen auszurichten, denn auch Tieren steht ein gutes und gesundes Leben zu. Dafür müssen die entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen bzw. verändert werden.

Viele dieser Punkte wurden in der Reform des Tierschutzgesetzes adressiert, die wir in der abgelaufenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht hatten. Sie hätte deutliche Verbesserungen für den Schutz vieler Tiere in Deutschland bewirkt. Die Bundesländer, Tierärztinnen und Tierärzte und auch Sie als Tierschutzverbände haben sich mit zahlreichen Empfehlungen klar hinter die dringlich erforderliche Gesetzreform gestellt. Diese ermutigenden Rückmeldungen gaben unseren Abgeordneten im Deutschen Bundestag hilfreichen Rückenwind, auch wenn sie einige schmerzliche Kompromisse in den Verhandlungen machen mussten. Von der FDP war hingegen keinerlei Wille vorhanden, insbesondere beim besseren Schutz landwirtschaftlich genutzter Tiere, überhaupt ein Stück voranzukommen.

Aus dem Antrieb der Verhandlungen zu diesem Gesetz kämpfen wir weiter für mehr Tierschutz. So setzen wir uns für ein bundesweites, ganzjähriges Verkaufsverbot für Böller ein, auch um Tieren und Umwelt zu Silvester die belastenden Auswirkungen des privaten Feuerwerks zu ersparen. Wir arbeiten weiter für ein Tierschutzrecht, das Tiere wirklich schützt, Rechtsunsicherheiten beseitigt, Rechtslücken schließt und dem Staatsziel Tierschutz gerecht wird. Gleichzeitig schaffen wir Perspektiven für jene in der landwirtschaftliche Tierhaltung, sich an die veränderten Konsumgewohnheiten und den stetig sinkenden Fleischkonsum in Deutschland anzupassen, der sich aus tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitisch motivierten Gründen vollzieht. Wir wollen die Landwirtschaft auch dabei unterstützen, in neuen innovativen Märkten mit alternativen und pflanzlichen Proteinen Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum „Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe wollen wir dafür weiterführen. Um pflanzliche Lebensmittel in der Breite der Gesellschaft attraktiver zu machen, soll auch eine gerechtere Besteuerung einen Beitrag leisten. Darüber hinaus braucht es eine verlässliche Finanzierung des Umbaus von Tierställen, auch für weitere Tierarten. Mit dem Stallumbauprogramm und der Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch haben wir den Umbau der Tierhaltung eingeleitet. Das wollen wir nun auch auf die anderen Tierarten ausweiten und die Kennzeichnung auch für die Außer-Haus-Verpflegung anwenden.

Bei der anstehenden Bundestagswahl am 23. Februar 2025 geht es nun darum, die nötigen parlamentarischen Mehrheiten für den Tierschutz und Ihre Anliegen zu gewinnen und wichtige politische Überzeugungsarbeit zu leisten, um eine umfassende Reform des Tierschutzgesetzes erneut anzupacken. Das heißt für uns ganz konkret: Qualzucht bekämpfen, gegen illegalen Tierhandel vorgehen, keine Wildtiere in Zirkussen und keine Anbindehaltung von Tieren mehr. Wir setzen uns bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung dafür ein, dass weniger Tiere, diese dafür besser gehalten werden, sie sich frei bewegen und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können. Dafür wollen wir den Schutz von Tieren bei Zucht, Haltung, Transport, Schlachtung und Handel stärken sowie unter anderem tierschutzkonforme Haltungsvorgaben für Puten, Rinder und Fische in Aquakulturen schaffen.

Unser Ziel ist es, die Dauer von Tiertransporten europaweit auf vier Stunden zu begrenzen. Lebewelttransporte aus der EU hinaus wollen wir beenden, Wege der Umgehung nationaler Vorschriften beim Tiertransport verhindern und dafür unsere nationalen Spielräume nutzen. Auch verbesserte Arbeitsbedingungen, die nicht auf Akkordlöhne, Stück- oder Streckenprämien bei Transport und Schlachtung setzen, helfen beim Tierschutz.

Da Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für deren verbesserte rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Das Amt der Bundestierschutzbeauftragten, das wir in der vergangenen Wahlperiode eingeführt haben, gilt es verbindlich dauerhaft zu verankern und ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einzuführen. Tierquälerei soll entschiedener bestraft werden. Um Vollzugsdefiziten im Tierschutz zu begegnen, braucht es bessere Kontrollen.

Illegaler Tierhandel und unkontrollierter Wildtierhandel schaden den Tieren und erzeugen Gesundheitsrisiken für den Menschen. Sie gehören deshalb beendet. Wildtiere gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten auch nicht über gewerbliche Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen wollen wir beenden. Zudem wollen wir den Forschungsstandort Deutschland mit innovativen, tierversuchsfreien Methoden stärken. Tierversuche wollen wir ersetzen, sofern und sobald dies wissenschaftlich möglich ist, wie in der EU-Tierversuchsrichtlinie festgehalten. Die derzeit noch in Arbeit befindliche Reduktionsstrategie für Tierversuche wollen wir dann auch umsetzen, tierfreie Methoden umfassend fördern und deren strukturelle Hürden abbauen.

Für all diese Punkte werden wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit unserer Kraft, unserer Energie voller Leidenschaft streiten – vor der Bundestagswahl am 23. Februar und auch danach, gemeinsam mit Ihnen für die Interessen der Tiere.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Franziska Brantner



Felix Banaszak

Bundesgeschäftsstelle  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN